



DKP Kiel

Arbeit schaffen – durch Bau von Waffen !?

Mehrere Tausend Arbeitsplätze im Werftbereich in Schleswig-Holstein sind offensichtlich bedroht, viele Kolleginnen und Kollegen haben Angst um ihre berufliche Zukunft. Die IG Metall fürchtet: "Der Schiffbau steuert auf eine Katastrophe zu". Die Angst der Kolleginnen und Kollegen um ihre Zukunft ist verständlich und berechtigt. **Was tun?**

Bürgermeister fordern: U-Boote bauen!

In einem offenen Brief fordern Hamburg Oberbürgermeister Tschentscher und Ministerpräsident Günther offenbar, dass der Auftrag zum Bau von vier U-Booten für Norwegen und zwei für Deutschland nun auch umgesetzt wird. Inzwischen meldet das „Manager-Magazin“ am 24.3.2021: „Gute Nachricht für den deutschen Marineschiffbau in Deutschland: Norwegen bestellt vier und Deutschland zwei weitere U-Boote.“

IGM und Arbeitsplätze im Rüstungsbereich

In einer Erklärung der IG-Metall zu diesem Thema heißt es:

Die Orientierung der großen Werften sowohl auf zivilen als **auch auf militärischen Schiffbau** erleichtert den Erhalt der Kernfähigkeiten und Mindestkapazitäten und **sollte** deshalb sowohl bei der weiteren deutschen Konsolidierung wie auch bei der anstehenden europäischen Neustrukturierung **nicht aufgegeben werden**. (Erklärung des „Arbeitskreises Wehrtechnik und Arbeitsplätze in der IG Metall“ zur Lage des Marineschiffbaus in Deutschland)

Innerhalb der Gewerkschaften gibt es aber auch andere Positionen.

Militärische Produktion in zivile Linie überführen

Verglichen mit vor 20 Jahren gebe es heute deutlich weniger Arbeitsplätze in der Rüstungsbranche. Zum Teil deswegen, weil es mancherorts gelungen sei, die militärisch ausgerichtete Produktion in eine zivile zu überführen und auch die militärisch genutzten Standorte unter sozialen und ökologischen Aspekten umzuwidmen. Diese Konversion ist vielfach von Vertrauensleuten und Betriebsräten der IG Metall angestoßen worden. Aber dieses ist leider bisher nur in wenigen Teilbereichen geschehen.

Keine Fürsprecher für Waffenexporte

Es wird eingeräumt, dass Arbeitsplätze in der Rüstungstechnik vom Rüstungshaushalt beziehungsweise von den Rüstungsexporten abhängen. Die Beschäftigten haben einen klaren Anspruch darauf, dass die IG Metall ihre Interessen vertritt. Das heißt aber nicht, dass die Gewerkschaften zum Fürsprecher für Waffenexporte werden.

Im DGB-Grundsatzprogramm wird formuliert:

„Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“ Weltweit heizen Rüstungsexporte bewaffnete Konflikte und Kriege an und zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Die enorme Aufrüstung der Nato und besonders auch Deutschlands verbunden mit zunehmenden Säbelrasseln gegen Russland und China sind besorgniserregend und eine Bedrohung des Friedens. Aktuell wird deutlich, dass der Einsatz deutscher Waffen in den Krisenregionen durch die Türkei, Saudi Arabien etc Kriege nicht verhindert sondern verschärft und zu anhaltender Destabilisierung führt.



Für sinnvolle Arbeitsplätze!

Wir treten entschieden für den Erhalt von Arbeitsplätzen ein, allerdings nicht für Produktion von Waffen und Kriegsgerät, sondern für Produkte, die dem Wohl aller Menschen und der Umwelt nützen.

Gerade in der aktuellen Corona-Situation wird deutlich, was bei uns alles fehlt, was alles getan werden müsste.

Wir benötigen

- mehr und besser ausgestattete Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen,
- mehr und bessere Kitas und Schulen. Hier fehlen hier nicht nur ausreichende technische Ausstattungen für den Unterricht sondern fast überall auch die erforderlichen Luft-Absaugsysteme.
- im Umweltbereich die Entwicklung und Produktion von umweltfreundlichen Energiespeichern, Antriebs- und Transportsystemen nötig,
- im Medizinbereich die Produktion von medizinischem Gerät und Material.
- Forschungsschiffe, Fähren mit alternativen Antriebssystemen und Reparatur und Neubau von Schleusentoren vor der Haustür, wie das aktuelle Problem auf den Schleusenanlagen in Kiel Holtenau zeigt. Dieses z.B. wären sinnvolle Aufgabenbereiche für unserer Werften.

Wir können feststellen: Es gäbe genug Arbeit im Sozial- und Bildungsbereich, im Gesundheits- und Umweltbereich. Hier müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden statt in der Produktion von Waffen und Kriegsgerät.

V.i.S.d.P. Eva Börnig, Kastanienallee 20, Kiel